



Schweiz 4.0: Der Einfluss der Digitalisierung auf Staat und Gesellschaft

1. Die Zukunft der digitalen Wirtschaft und Gesellschaft

Referat von Karin Frick. Sie ist Leiterin Research und Mitglied der Geschäftsleitung des Gottlieb-Duttweiler-Instituts. Seit 25 Jahren erforscht und analysiert sie Trends und Gegentrends in Wirtschaft und Gesellschaft.

Ihre Studie zum Thema Die Zukunft der vernetzten Gesellschaft (2014) kann kostenlos unter www.gdi.de/Think-Tank/Studien herunter geladen werden.

Software ist wichtiger als Hardware

Jedes Unternehmen, das digitale Anwendungen und Geräte entwickelt, wird automatisch selber zum Software-Unternehmen. Beispiele: Wenn ein Unternehmen mehr und bessere Lasermesser entwickelt, werden sie vermehrt in Drohnen eingebaut, deren Zahl rasant zunimmt und die ihrerseits neue Aufgaben übernehmen. Oder Laserscanner anstelle von Röntgenapparaten in der Zahnmedizin verschaffen den Zahnärzten einen Einblick in den „kollektiven Mundraum“.

Eine weitere Entwicklung sind die **Händler ohne Waren**: Alle die Systeme, die Waren online vermitteln, wie ebay, Alibaba (China) betreiben „immaterielle Geschäfte“ ohne Ladenfläche, mit wenig Angestellten. Das Käuferlebnis für die Kunden/Kundinnen wird virtuell, sie steigen in eine virtuelle Welt ein. Diese Handelssysteme werden jede Branche betreffen. Beispiel: Toshiba verkauft Indoor-Anlagen mit garantiertem Mikroklima für Salate und Gemüse.

Netzwerke werden wichtiger als Skalen

„**Airbnb, Uber und Booking bringen die Volkswirtschaft weiter** (E.Scheidegger, Direktion Wirtschaftspolitik, im BUND 8.11.16. Der Bericht des Bundesrates dazu über ‚Digitale Wirtschaft‘ erscheint im Dezember)

Plattformen wie Uber und Airbnb leben von Netzwerken. Booking.com generiert z. B. mehr Angebote als jede Hotelkette. Diese Form der Vermittlung ist in starker Entwicklung und ungeheuer dynamisch. Bereits werden Kleider und Assecoires vermietet! Ebenfalls der Trend zu „**Teilen statt kaufen**“ (Mobilität-Autos, Gebrauchtgüterbörsen) wird in vielen Bereichen Einzug halten.

Bereits werden aber Vermittlungs-Plattformen überholt: Ein „Netzwerke der Autofahrer“ orientiert sich gegenseitig via GPS über die Verkehrslage, und Google hat sich mit einem „Netzwerk für Mitfahr-Gelegenheiten“ eingeschaltet, das gegen eine kleine Gebühr Mitfahrer per App organisiert. Google geht es nicht um Geld, sondern um die Datensätze. **Daten sind interessanter als Gebühren!** Das Geschäft mit Daten ist riesig. Offen bleibt immer die Frage: Was geschieht mit unseren Daten? Wer hat die Hoheit über sie? Wir können es fordern, aber unmöglich kontrollieren, wo welche Daten über uns zirkulieren.

Mit weniger mehr erreichen

Die Möglichkeiten der Digitalisierung nehmen exponentiell zu. **Software, die lernt**, befreit uns von Routinearbeiten. Beispiele: Selbstfahrende Rasenmäher und Staubsauger, Roboter in der Pflege, für Büroarbeiten. Oder das Elektroauto Tesla, in das ein „Flottenlernen“ eingebaut ist, d.h. wenn ein Fahrzeug eine Strecke kennt, werden diese Erfahrungen per Software an alle anderen Fahrzeuge der Flotte übermittelt.

Internet der Dinge heisst der neue Trend, „Sachen“ zu vernetzen. Bekanntes Beispiel ist das Eigenheim, in dem alle Geräte miteinander kommunizieren, Kühlschränke selber Nahrungsmittel per Hauslieferdienste bestellen, Überwachung und Steuerung via I-Phone von ferne möglich sind. Im Gesundheitssystem breiten sich Puls- und Schrittmesser aus, die vermehrt weitere Funktionen übernehmen, über die in Zukunft die Krankenkassen unsere Lebensweise überwachen könnten.

Wieder einmal stellt sich die Frage: **Wer kontrolliert wen?** Falls ich Bücher elektronisch über Kindle lese, so liest auch Kindle mich und offeriert mir vermehrt Angebote nach meinen Wünschen (Zukunftsvision: Mein Puls wird mitgelesen, und es werden mir Vorschläge aus dem Gesundheitsbereich gemacht...). Im Yogadress können Chips eingebaut werden, die meine Übungen korrigieren und mich steuern. Wäsche kann melden, wann sie gewechselt werden will! Wir können nicht mehr entscheiden, welche Funktionen wir übernehmen wollen, weil diese immer mehr untereinander vernetzt sind. Zudem besteht die Gefahr, dass wir im Konsumverhalten, im Alltag einem kommerziellen GPS-System folgen, das uns darin bestärkt „ich bin der Mittelpunkt“.

Vom Festangestellten zum Selbstangestellten

Der Sektor der **Zulieferungen** wächst gewaltig. Schmutzwäsche wird abgeholt, Essen gebracht, Haus- und Gartenservice bieten sich an, Uber – EATS verspricht eine Pizza innert 10 Minuten. Wenn ich als Lieferant z.B. einen Auftrag bekomme, wird mir ein Code mitgeliefert, mit dem ich Zugang zur Liegenschaft des Kunden habe. Der Auftraggeber hat jederzeit die Kontrolle über das Geschehen dank seines Schliesssystems. Wir müssen nicht mehr selber einkaufen. Für ältere Menschen kann es ein Vorteil sein. Die Angebote verstärken aber zunehmend den Anspruch: ich will alles sofort zur Verfügung haben. Finde ich interessante Kleider oder Schuhe im Internet, sollen Zalando oder ähnliche Anbieter subito liefern.

Andererseits kann sich jeder und jede selbständig machen und ohne grosse Infrastruktur einen Dienst anbieten. Das wirtschaftliche Risiko übernimmt der Neuunternehmer. Entscheidend wird die Frage: **Wer übernimmt die Logistik des letzten Meters?**

Netzwerke werden wichtiger als Autoritäten

Wie orientieren wir uns? Früher galten Hierarchien und Erfahrung als Orientierungshilfen. Heute ist die Pyramide der Hierarchien auf den Kopf gestellt: die unzähligen Follower und Firmen, die mein digitales Verhalten im Netz kennen, steuern mein Verhalten. Das Netzwerk hat fachliche oder politische Autoritäten abgelöst.

Zugleich wird auf der **emotionalen Ebene** gespielt: Themen werden via Twitter hochgekocht und lösen Shit-Stürme aus. Die Nutzer verlieren ihre Hemmungen, und unkontrollierte negative, ordinäre Kommentare nehmen überhand.

Für Menschen, die nicht oder wenig im Netz kommunizieren, bringt die Digitalisierung die Gefahr der Vereinsamung. Untersuchungen zeigen z.B., dass das Sterberisiko bei abnehmenden sozialen Kontakten steigt. Eine Gegenbewegung hat eingesetzt: vielerorts entstehen einfache Quartiertreffs, Kaffe-Ecken in Dorfläden oder Grillabende und Quartierfeste ohne besonderen Anlass.

Die gesellschaftliche Kontrolle ist angelaufen: Die Frage „wie wird es hergestellt?“ bekommt Gewicht, besonders bei Textilien und Nahrungsmitteln. Konzerne müssen soziale Minimalstandarts einhalten und ausweisen. Auch Anstellungsbedingungen in 3. Welt-Ländern müssen transparent und fair sein. Feedback wird ebenfalls wichtiger: Uber und Airbnb zum Beispiel leben davon, nur positive Rückmeldung generieren ihnen neue Kunden und Kundinnen.

„Die Digitalisierung betrifft jede Branche, und es ist nicht klar ist, wohin die Entwicklung führt.“

Die Vernetzung hat unser Leben verändert. Doch das ist erst der Anfang. Die Digitalisierung dringt bald in alle Segmente von Wirtschaft und Gesellschaft ein – und auch in unsere Körper. Menschen und Maschinen verschmelzen, das Internet wird zu unserer zweiten Natur, zur Digisphäre.“ „Es besteht jetzt die Möglichkeit, die Gesellschaft neu zu organisieren.“ (Zitate K.F.)

2. Wie verändert die Digitalisierung die staatliche Leistungserbringung und Organisation?

Kaum eine Gemeinde, eine kantonale oder nationale Verwaltung ist in den neuen Medien nicht präsent: Online-Schalter, Twitter, LinkedIn und andere Plattformen der digitalen Welt verändern die Anforderungen an die staatlichen Leistungen. Die Gesetzgebung und die Möglichkeiten des Rechtsstaates können im dynamischen Umfeld oft nicht mithalten. In den folgenden Referaten wird nachgedacht, welche Einflüsse die Digitalisierung auf die Anforderungen an staatliche Dienste und ihre Organisation haben.

Der Staat ist der wichtigste Gärtner der digitalen Transformation

Referat von Dr. Joël Luc Cachelin, Wirtschaftswissenschaftler mit dem Master in Marketing, Dienstleistungs- und Kommunikationsmanagement. 2009 gründete er die „Wissensfabrik“, deren Geschäftsführer er seither ist. Die „Wissensfabrik“ versteht sich als Think Tank und setzt sich intensiv mit Fragen auseinander, welche die digitale Wissensgesellschaft mit sich bringt. (www.wissensfabrik.ch).

Der Referent hat mit zahlreiche Publikationen und Interviews auf sich aufmerksam gemacht und zeigt pointiert auf, wie die neuen Technologien die Wirtschaft und Gesellschaft verändern.

I. Wir erleben eine dreifache Vernetzung

- **Technische Vernetzung:** sie zeigt sich z.B. im „Internet der Dinge“
- **Soziale Vernetzung:** wir sind nur einen Klick voneinander entfernt, leben aber gleichzeitig in zwei Realitäten (analoge und digitale). Man findet sich durch Selbstorganisation
- **Ökonomische Vernetzung:** ein „Plattform-Kapitalismus“ hat Einzug gehalten. Facebook z.B., erst als „Bilderbuch“ gestartet, hat sich zu einer umfassenden Versicherung des Dabeiseins entwickelt

Folgen dieser Vernetzungen:

1. Die digitale Transformation erhöht den Druck zur **Selbsterneuerung**
 - Biografischer Aufbruch, d.h. es gibt keine allgemeinen Normen mehr, die Individualisierung wird Normalfall
 - Verkürzte Lebenszyklen, d.h. Berufsausbildungen und –tätigkeiten verändern sich immer schneller
 - Neue Formen der Organisation, sowohl im Wirtschaftsleben wie in der Zivilgesellschaft
2. Die digitale Transformation produziert neue **Knappheiten und Ressourcen**
 - Materielle Knappheiten: Energie, Wasser, Räume, Transportwege, Gesundheit, Recyclingsfähigkeit
 - Immaterielle Knappheiten: Arbeit, Eigentum, soziale Mobilität, Privatsphäre, Stille, Wahrheit, Geschichtsbewusstsein
 - Ressourcen der Zukunft: Daten, Netzwerke, Fantasie, Ideen, kritisches Denken
3. Die digitale Transformation produziert **Verlierer und Skeptiker**
 - Der zunehmende Spardruck stellt das Vertrauensverhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer in Frage
 - Durch soziale Medien verbreiten sich Fake News, die Wahrheit wird umgeschrieben - „Postfaktisches Zeitalter“
 - Plattformen formen unser Leben: Partnerschafts-Portale sortieren Kunden/Kundinnen nach Schönheit (die Partnervermittlung Tinder z.B. zeigt den Schönen nur die Schönen)
 - Durch einen Hacker - Angriff kann (fast) jedes Netz lahmgelegt werden, so wurden z.B. über vernetzte Haushaltgeräte die Plattformen Spotify + Netflix lahmgelegt („Der Angriff, der aus dem Kühlschrank kam“)

II. Die digitale Gesellschaft beruht auf dem freien Fluss von Menschen, Ideen, Informationen und Waren

Der Veränderungsdruck für die staatliche Leistungserbringung

durch den Bedarf an digitaler Transformation wird verstärkt durch Kostendruck, Cyberrisiken, veränderte Kundengewohnheiten, neue Organisationsformen und Konkurrenz aus der Wirtschaft.

Der Staat gerät unter Zugzwang

(siehe „Update“, das Buch zum Referat, bei www.staempfliverlag.com/details/ISBN-9783727278853/Cachelin-Jo%E2%80%90Luc/Update)

1. Neue Knappheiten und Ressourcen fordern stete Anpassung des Bildungssystems
2. Ökonomisierung und Prekarisierung der Arbeit setzen die Sozialversicherungen unter Druck
3. Die steigende Mobilität von Menschen, Waren und Informationen verlangt Anpassung der Infrastruktur
4. Die „Winner Takes it All“ – Mentalität und Roboter als Mitarbeitende bringen das Steuersystem unter Zugzwang

Die staatliche Leistungserbringung muss sich anpassen

- Kein Papier mehr in der Verwaltung und auch gegenüber den Kunden
- Alle Leistungen sind online abrufbar und jederzeit durchführbar
- Es braucht ein amtsübergreifendes Datenkonto für alle Bürger und Bürgerinnen
- Institutionen kooperieren über Daten, Meta Daten dienen als Open Source Ressource
- Keine teuren Sonderlösungen mehr für einzelne Gemeinden und Kantone

„Wir befinden uns am Anfang des Umzugs in den digitalen Raum. Der technologische und ökonomische Fortschritt wirken gnadenlos. Aber das Betriebssystem unserer Gesellschaft ist veraltet. Wagen wir nicht rasch mutige Reformen, droht der Kollaps“ (Zitat J.L.Cachelin zu „Update“)

Staatliche Leistung in der Digitalen Transformation

Referat von Dr. iur Peter Müller, Fürsprecher, Senior Consultant von bolz+partner consulting ag. Müller verfügt über profunde Kenntnisse der öffentlichen Verwaltung auf nationaler wie internationaler Ebene. Als ehemaliger Vizedirektor im Bundesamt für Justiz, Generalsekretär im EDA und Chef des Bundesamtes für Zivilluftfahrt ist er vertraut mit der Steuerung von politischen Prozessen wie auch von verwaltungsinternen Reorganisationsprojekten.

Vorbemerkung

Mit der Digitalisierung verbinden sich sowohl Ängste und Gefühle der Bedrohung wie hohe positive Erwartungen, darum ist Nüchternheit nötig. Die Entwicklung der Digitalisierung und deren Auswirkungen auf Staat und Gesellschaft sind schwer absehbar, es gilt Chancen und Risiken herauszuarbeiten, zu strukturieren, Szenarien und Handlungsoptionen zu entwickeln.

Kriterien für die Einschätzung der Digitalen Transformation

Erwartungen an den Staat

- Gewährleistung individueller Entfaltung und Autonomie: informationelle Selbstbestimmung, Schutz der Privatsphäre, Zugang zu Wissen und ein qualitativ hochstehender, effizienter und bürgerfreundlicher Service
- Demokratische Entscheidungsmechanismen: Transparenz der Verwaltung, unkomplizierter Abstimmungsmechanismus, Gewährleistung des Abstimmungsgeheimnisses
- Rahmenbedingungen für Wohlstand, für eine prosperierende Wirtschaft: gute Netzinfrastruktur, gute Bildung, adäquate (De)Regulierung, fairer Wettbewerb

- Gewährleistung eines sozialen Ausgleichs: Arbeitnehmerschutz, ausreichende Sozialversicherung, finanziell ausreichend alimentierter Staat
- Intakte Umwelt, präzise Monitoringsysteme

Herausforderungen, Chancen und Risiken

Digitale Transformation bietet ein grenzenloses Angebot an Informationen, die sich beliebig verknüpfen lassen und theoretisch allen Menschen zugänglich gemacht werden können. Soll der Staat die Datenbearbeitung in möglichst weitem Umfang betreiben oder soll er den Schutz der Privatsphäre möglichst hoch halten?

Individuelle Autonomie

Für eine Datenbearbeitung in grossem Umfang spricht die effizientere Aufgabenerledigung, **verknüpfte Grunddaten** für Steuerverwaltung, Einwohnerkontrolle, Betreuungsdienste, Motorfahrzeugkontrolle, Strafregister sind möglich. Das erlaubt z.B. eine effektive Verbrechensbekämpfung oder besseren Schutz der Gläubiger. Gesundheitsdaten können für präventive Massnahmen nützlich sein.

Für eine restriktive Datenbearbeitung spricht die Gefahr, dass eine Offenlegung sensibler Daten (Gesundheit, Strafregister, Steuerdaten) zu Diskriminierungen führen kann. Das Konzept der Privatsphäre muss neu definiert werden.

Demokratie

Je transparenter ein Staatswesen ist, desto rationaler laufen **Entscheidungsprozesse** ab. Deshalb müssen möglichst alle Zugang zu qualitativ hochstehendem Internet haben. Allerdings besteht die Gefahr, dass bei transparenter Verwaltung eine unbefangene Willensbildung erschwert wird. Zudem ist zu bedenken, dass die digitale Welt transnational ist, die meisten Entscheidungen aber ein begrenztes Gebiet betreffen. Offen bleiben die Fragen nach der Verantwortung und die Form internationaler Absprachen.

Wirtschaft

In einer konkurrenzfähigen Wirtschaft brauchen die Unternehmen Freiraum, um das Potenzial der Digitalisierung austesten und nutzen zu können - einen rechtlichen „open space“ oder eine **digitale Sonderzone**. Das gilt gerade auch für staatsnahe Unternehmen (Post, Swisscom). Deregulierungen sind wohl nötig.

Wichtig sind ebenso **Marktmacht-Regulierungen**: Plattformmonopole sollen verhindert, internationale Plattformen zur Verantwortung gezogen werden. Beispiele: Ambitionen des CH-Datenschützers in Sachen Street View und des deutschen Justizministers in Sachen Verantwortlichkeit von Google für Straftatbestände im Netz, Vorstoss im Ständerat gegen Vorgaben von booking.com. Verantwortlichkeiten müssen geklärt und definiert werden.

Es wird immer mehr **neuartige Arbeitsverhältnisse** geben: Mehrfachjobs, Auseinanderfallen des Standortes des Arbeitenden und des Orts, wo die Arbeit verrichtet wird (z.B. Computerwartung), gleichzeitige Tätigkeit als Selbständiger und Unselbständiger. Die neuen Formen bedingen ein neues Arbeitsrecht.

Sozialer Ausgleich

Partizipation aller am zunehmenden Wohlstand oder eine gerechte Lastenverteilung bei wirtschaftlichem Rückgang helfen, den digitalen Graben nicht zu gross werden zu lassen. Die Berufswelt verändert sich immer schneller, Arbeitsplätze verschwinden, neue werden geschaffen. **Es wird auf jeden Fall Verlierer geben**, eine politische Frage ist es, wie der Staat mit ihnen umgeht. Differenzierte Weiterbildungsangebote und stabile soziale Netze sind nötig. Damit der Staat seine Aufgaben erfüllen kann, müssen genügend und allenfalls neue Ressourcen für den Staatshaushalt generiert werden, z.B. durch Besteuerung internationaler Plattformen oder eine Energiesteuer.

Themen aus der Diskussion mit dem Publikum

Sicherheit

Tatsache ist, dass es in der digitalen Entwicklung kein Zurück mehr gibt. Die **Macht** über die Datenspeicher zu teilen z.B. durch eine staatliche Kontrolle der Plattformen wäre eine Möglichkeit, uns zu schützen.

So raffiniert die Technik ist, wird es doch immer **Störungen** geben und Cyber-Attacken. Dahinter steht aber stets der Mensch mit seinen Aktivitäten. Die künstliche Intelligenz ist (noch bis auf lange Zeit) immer von Menschen programmiert. Unklar ist, was mit „**Datenschrott**“ geschieht. Was wird in Zukunft wichtig sein, was muss gespeichert bleiben und was wäre zu löschen? (Wobei auch Cachelin nicht sicher ist, ob Daten im Netz je ganz gelöscht werden können!)

Kontrolle

Die EU möchte gesetzlich regeln, dass jeder Mensch die **Hoheit über seine Daten** behält. Es glaubt jedoch niemand daran, dass das möglich ist. Weil Firmen und Plattformen weltweit wirken, greifen staatliche Eingriffe immer zu kurz. Eine **Abschottung** hingegen nimmt zu: Länder wie China oder Israel kontrollieren den Internetzugang bereits heute.

Die einzelnen Nutzer/innen können das digitale Angebot kaum kontrollieren: Künstliche Intelligenz lebt von Daten, wird von Menschen programmiert, aber wir wissen nicht, nach welchen Algorithmen digitale Anbieter funktionieren, wissen in der „post-faktischen Zeit“ nicht, welche Informationen wahr oder erfunden sind.

Grenzen der Belastbarkeit

Digitale Entwicklungen und Angebote nehmen mit grosser **Geschwindigkeit** zu. Brauchen wir das? Die Mehrheit der Bevölkerung ist (so Cachelin) nicht entwicklungsfreudig. Und Müller zweifelt, ob wir so vieles neu machen müssen, ob nicht gewisse Korrekturen sich von selber ergeben. Der Staat habe z.B. schlicht zu wenig Geld, um alle Anforderungen der digitalen Transformation zu erfüllen. Schon allein die Bildungsanforderungen inkl. ständige Weiterbildung seien kaum zu finanzieren, die Steuereinnahmen internationaler Firmen könnten dagegen nur selten eingefordert werden.

3. Herausforderungen an die Sozialpolitik in einer globalisierten und digitalisierten Welt

Digitalisierung und Globalisierung stellen das **System der sozialen Sicherheit** vor neue Herausforderungen.

Was bedeutet die sogenannte «Plattform-Ökonomie» für die soziale Sicherung der Bevölkerung? Wie reagieren wir auf die sich laufend neu entwickelnden Arbeitsformen? Braucht es eine «(Sozial)-Versicherungslandschaft 4.0»? Was bedeutet die Digitalisierung in diesem Bereich konkret für den Staat und die Sozialpartner?

Die folgende Zusammenfassung gibt die Aussagen von drei Fachpersonen zu diesem Problemkreis und die Schwerpunkte der daran anschliessenden Diskussion wieder.

Statements der drei Podiumsgäste

Henrique Schneider, stellvertretender Direktor des Schweizerischen Gewerbeverbandes (SGV)

Die Digitalisierung hat sich seit über zwanzig Jahren schleichend entwickelt. Was heute aber neu ist, ist die Beschleunigung, die nicht mehr allein mit Fachwissen bewältigt werden kann, es braucht dazu grosse Beweglichkeit. Als Diskussionsgrundlage stellt Schneider drei Thesen auf:

1. Die Digitalisierung ist zwar nicht für alle und jederzeit zu bewältigen, Problemlösungen für die „Abgehängten“ sind nicht immer sichtbar, insgesamt ist aber **die Digitalisierung eine Chance!**
2. Die Digitalisierung hat mehr Einfluss auf die Gesellschaft, als wir meinen. Sie führt zu einer **Dezentralisierung** in der Arbeitswelt und im Alltag für uns als Kunden (Buchungsplattformen und Einkauf via Internet, Callcentren in Asien etc.).
3. Die staatlichen Leistungen wie die Sozialversicherungen müssen sich ebenfalls der Digitalisierung anpassen.

Doris Bianchi, Zentralsekretärin und stv. Sekretariatsleiterin des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB)

Als Bianchi in die Berufswelt einstieg, herrschte auf Grund der Digitalisierung grosse Angst vor einem Stellenabbau (PC ersetzt Sekretärin). Das Gegenteil war aber der Fall! Was sich hingegen gravierend verändert hat, sind die Arbeitsverhältnisse. Teilzeitarbeit und die Ausrichtung auf Kapazitätskriterien (Arbeit auf Abruf) bringen finanzielle Unsicherheit, kleine Löhne und fehlende Abdeckung im Alter mit sich. Die Zahl der Menschen (Ältere und Alleinerziehende), die Ergänzungs-Leistungen beziehen, wächst. Ebenfalls Arbeitsangebote über Plattformen nehmen zu (sog. Selbständige, für die soziale Sicherungen wegfallen). **Die Digitalisierung fördert die Tendenz zu niedrig qualifizierten Jobs** und zu Niedriglöhnen.

Jürg Brechbühl, Direktor des Bundesamtes für Sozialversicherungen (BSV)

Die Digitalisierung läuft schon lange, die Diskussion im Bund hat aber erst jetzt eingesetzt (Bericht des Bundesrates vom Januar 2017!). Man muss weder in Depression verfallen noch in Begeisterung ausbrechen – die Digitalisierung ist nüchtern und sachlich zu betrachten. Ihre **Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt sind erheblich**: viele Stellen verschwinden, viele werden neu geschaffen, aber das Profil der Abgänger entspricht überhaupt nicht demjenigen des neuen Angebotes. Ständige Weiterbildung ist wichtig, genügt jedoch nicht immer. Es gibt kaum Lösungen für Leute, die aus der Arbeitswelt gefallen sind. Noch nicht gelöst sind die Sozialversicherungen für die neue Form von selbständigen Arbeitnehmern, wie bei z.B. bei Uber.

Diskussion

Moderation Kurt Nuspliger, Dozent am Kompetenzzentrum für Public Management an der Universität Bern und ehemaliger Staatsschreiber des Kantons Bern

Kann man die Anzahl der neuen Arbeitsformen quantifizieren?

Bianchi (Bi): Etwa 5% arbeiten auf Abruf ohne fixes Pensum, viele mehr (vor allem Frauen) nur Teilzeit. Es findet eine Risikoverlagerung von den Arbeitgebern auf die Arbeitnehmer statt.

Schneider (Sch): Die Denkfigur Arbeitgeber/Arbeitnehmer hat sich vielleicht überlebt. Der schweizerische Arbeitsmarkt ist sehr flexibel, daher haben wir so wenig Arbeitslose. Es sind für Arbeitnehmer nicht immer maximale Lösungen möglich, man muss manchmal mit der Zweit- oder Drittbesten zufrieden sein. Wichtig ist in jedem Fall die **Selbstverantwortung**. Insgesamt ergeben sich durch die neuen Arbeitsformen mehr Freiheiten im Arbeitsleben.

Bi: Einspruch – die grosse Freiheit im Arbeitsmarkt gibt es nicht, zentral ist für meisten die Sicherung ihres Einkommens.

Müssen wir die Sozialversicherungen an die veränderten Arbeitsverhältnisse anpassen?

Brechbühl (Br): Ja, die sogenannte „freie Arbeit“ muss geregelt werden. Wer (Schein-)Selbständiger ist, muss wieder einer Pensionskasse angeschlossen und obligatorisch in die Arbeitslosen- und Unfallversicherung eingegliedert werden.

Nuspliger (Nu): Wie geht der Gewerbeverband mit dem Phänomen Uber um?

Sch: Die Uber-Fahrer machen dort freiwillig mit, es ihre Lebenseinstellung, sie entscheiden selber, wie viel sie arbeiten, wie lange sie das machen. Es steht ihnen jederzeit frei, zu kündigen. **Der Gewerbeverband ist grundsätzlich für Dezentralisierung, für Deregulierung und Selbständigkeit**. Das Beispiel von Uber zeigt ja, was mit wenig Regulierung möglich ist, während der normale Taxibetrieb in der Reglementierung fast erstickt.

Fragen aus dem Publikum

Der Blick in die Zukunft.

der hier und an den Veranstaltung vom Oktober/November vermittelt wurde, scheint der Fragestellerin zu optimistisch. Wenn z.B. Ärzte durch Operationsroboter und Juristen durch digitale Programme ersetzt werden, ist diese Bewegung „weg vom Menschen“ für sie kein Fortschritt, zudem gehen so Arbeitsplätze verloren.

Br: Es ist wichtig, dass wir uns auf eine digitale Zukunft vorbereiten, Strategien entwickeln, dass wir schauen, wo unsere Chancen sind. Die globalen Entwicklungen können wir nicht stoppen.

Zum Thema **Arbeitsplätze**: In der Schweiz sind von 1995 bis 2005 840'000 neue Stellen geschaffen worden! Eine Studie aus den USA allerdings gibt an, dass 47 % der Arbeitsplätze durch die Digitalisierung bedroht seien.

Bi hat keine grosse Angst, dass die Entwicklung so viele Stellen kostet. Der Mensch will arbeiten, durch seine Tätigkeit mitgestalten und sich bestätigen. Bi glaubt, dass auch die erwähnten Berufe „menschlich“ bleiben, der Arzt muss z.B. den Roboter selber bedienen. Sie ist sicher, dass die Vielfalt der Berufe zunehmen wird.

Sch: Die Maschinenstürmer in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts sahen keine Möglichkeit zur Veränderung. Aber in der Geschichte der Arbeit hat es immer neue Entwicklungen, Fortschritt gegeben. Sehr wichtig für das Vorwärtskommen ist eine gute, breit angelegte Bildung und Weiterbildung. Doch das ist nur eine Seite: Je umfassender und globaler die Digitalisierung ist, desto grösser werden auch die Möglichkeiten für Risiken und Bruchstellen. Wir sind erst daran zu merken, wo überall Gefahren drohen.

Unsere Sozialversicherungen können, so der Fragesteller, nur durch die Einkommensteuer nicht mehr finanziert werden. Ist nicht die Besteuerung der Energie der Ausweg?

Br: Eine Energiesteuer ist keine gute Idee. Sie würde den Energieverbrauch dämpfen, d.h. so auch weniger Einnahmen als geplant generieren. Wir haben ein sehr anpassungsfähiges Sozialversicherungs-System, das gilt es laufend zu verändern und anzupassen. Die AHV ist ein beispielhaftes Mischsystem. Sie ist heute nicht mehr die AHV der Gründer. Anfangs basierte sie auf einem fixen Familienmuster, heute muss sie die einzelne Person sichern. Sorgen macht ihm die auseinanderdriftende Entwicklung: hier die Hochqualifizierten mit hoher Versicherungsleistung – dort die Prekarisierten mit finanziell unsicherer Zukunft. Br hofft, dass die gegenwärtige zähe Diskussion im Parlament eine zukunftsfähige Lösung bringt. **Wenn wir sie wollen, so ist sie auch möglich.**

4. Kann der demokratische Staat die Digitalisierung steuern?

Die digitale Entwicklung läuft sehr rasch ab, und sie bringt fundamentale Veränderungen in Gesellschaft und Wirtschaft. Damit stellt sich die Frage: Wie soll die schweizerische Demokratie mit der Digitalisierung umgehen? Kann sie rechtzeitig die nötigen Rahmenbedingungen setzen, damit die Chancen der Digitalisierung genutzt werden, gleichzeitig aber wichtige Rechtsgüter wie persönliche Freiheit, Datenschutz oder soziale Sicherheit erhalten bleiben? Was kann der Nationalstaat regeln, wo sind europäische oder sogar globale Normen notwendig?

*Referat von Dr. Hans Werder, ehemaliger Generalsekretär UVEK, VR-Mitglied Swisscom, Leiter der Expertengruppe «Regulierung der digitalen Entwicklung» der Fondation CH2048. **

Was bedeutet Digitalisierung?

Die „Digitale Revolution“ wird fundamentale Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft mit sich bringen. Digitalisierung bedeutet – vereinfacht ausgedrückt – das Erweitern oder sogar Ersetzen der physischen Prozesse (Produktion, Verkehr usw.) durch Software, Daten und Telekommunikation. Dadurch wachsen die reale und virtuelle Welt immer weiter zusammen. Menschen und Dinge vernetzen sich über das Internet und kommunizieren ständig miteinander.

Dies ermöglicht eine ungeheure Steigerung der Effizienz und Produktivität und damit grosse Kostensenkungen. Zudem eröffnen sich neue Möglichkeiten der Individualisierung und Flexibilisierung. Man spricht deshalb zu Recht von einer neuen „Industriellen Revolution“ und es gibt keinen Zweifel darüber, dass die Digitalisierung mindestens so grosse wirtschaftliche und gesellschaftliche Auswirkungen haben wird wie die Industrielle Revolution im 19. Jahrhundert. Wie diese Veränderungen im Einzelnen aussehen werden, lässt sich erst erahnen. Sicher ist jedoch, dass es kaum eine Branche oder einen Lebensbereich geben wird, der von diesen Veränderungen nicht betroffen wird. Bisherige Geschäftsmodelle werden obsolet, viele Unternehmen, ja ganze Branchen werden verschwinden, Arbeitskräfte freigesetzt und neue Berufe entstehen. Die Arbeitswelt, aber auch unsere Freizeit werden sich radikal verändern. Im Unterschied zu den früheren Revolutionen werden die Digitalisierungs-Prozesse sehr rasch ablaufen.

Es gilt das berühmte Wort von Gorbatschow: „Wer zu spät kommt, den bestraft die Geschichte“. Das hat die Weltfirma Kodak schmerzlich erfahren: 1998 hatte sie 170'000 Mitarbeitende und einen Marktanteil von 85% bei Fotos. Einige Jahre später existierte Kodak nicht mehr. Heute spüren Taxiunternehmen und Hoteliers die digitale Revolution, aber auch die Medien, Banken und Versicherungen stehen vor gewaltigen Umwälzungen.

** „Fondation CH2048“ (www.ch2048.ch)*

Die Fondation CH2048 orientiert sich bei ihrer Arbeit an den Werten der Gründerväter des Bundesstaates von 1848. Diese schufen mit ihrer Erfolgsformel und deren steter Weiterentwicklung die Grundlage für die erfolgreiche Wirtschafts- und Sozialordnung der Schweiz. Für die Fondation CH2048 sind zudem die Werte der Bundesverfassung zentral: direkte Demokratie, Föderalismus, Unabhängigkeit, Solidarität und Offenheit. Die Fondation CH2048 versteht sich im Kontext des 21. Jahrhunderts als Allianz für eine global wettbewerbsfähige und verantwortliche Schweiz.

Mit dem Reformprojekt «Digitale Revolution: Reformvorschläge für eine global wettbewerbsfähige und verantwortliche Schweiz» will die Fondation CH2048 die Schweizer Politik für die digitale Zukunft fit machen.

Die Digitalisierung bringt sowohl grosse Chancen wie auch Risiken:

Chancen liegen in der höheren Effizienz der Wirtschaft, einem sparsameren Ressourceneinsatz und in mehr Informationen und höherer Transparenz für die gesamte Bevölkerung.

Risiken bestehen im Datenschutz, der Cyberkriminalität, im Arbeitsplatzverlust und dem sozialen Abstieg. Die Digitalisierung weckt deshalb Ängste in der Bevölkerung. Sie stellt für die Menschen, die Wirtschaft und die ganze Gesellschaft eine grosse Herausforderung dar.

Die Rolle des Staates in der digitalen Entwicklung

Der Staat ist doppelt gefordert: Er muss die Rahmenbedingungen so setzen, dass die Digitalisierung nicht behindert wird. Nur so kann ein Land wettbewerbsfähig bleiben. Gleichzeitig muss der Rechtsrahmen zentrale Werte unserer Gesellschaft, wie individuelle Freiheitsrechte, die Privatsphäre schützen und Befürchtungen und Ängste aus der Bevölkerung aufnehmen. Nur wenn die digitalen Veränderungen in der Bevölkerung Akzeptanz finden, können wir auch ihre Chancen nutzen.

Selbstverständlich kann der Staat die digitale Entwicklung nicht steuern. Wie jede andere technische Erfindung oder Innovation kann er ihre Richtung weder bestimmen noch gar verhindern. Er kann aber technische Entwicklungen bremsen oder fördern, und er kann vor allem Rahmenbedingungen setzen und so die wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftlichen Auswirkungen beeinflussen. Der Staat tut dies traditionellerweise durch das Recht: Verfassung, Gesetze, Verordnungen und Vollzugsentscheide. Oft wird dafür der Begriff „Regulation“ verwendet.

Die Regulation der digitalen Entwicklung steht vor einem grundlegenden Problem

- Die digitalen Veränderungen laufen sehr rasch ab, sind global und – vor allem – sind sie sprunghaft und kaum voraussehbar. Das verlangt nach einer raschen und flexiblen Regulation.
- Die Schaffung von neuem Recht geschieht in der Schweiz sehr langsam (in der Regel dauert eine Gesetzesrevision 5 bis 10 Jahre). Gesetze sind auf lange Dauer angelegt und starr, und der Handlungsspielraum der Behörden ist ziemlich eng.

Dem Staat stellt sich also die Frage, wie er die Logik des traditionellen Rechtsetzungsprozesses mit der Logik der digitalen Entwicklung in Übereinstimmung bringen kann.

Ansätze für Lösungen

Die Regulierung der digitalen Entwicklung ist voller Fallstricke. Es ist relativ einfach zu sagen, was nicht passieren darf:

- So spät reagieren, dass wichtige Entwicklungen nicht mehr in geordnete Bahnen gelenkt werden können (Datenschutz).
- Gesetzgeberische Hektik und „Hüftschüsse“ (vgl. Kampfunde-Gesetzgebung).
- Fehlregulierungen, die so detailliert sind, dass sie keinen Spielraum für Innovationen lassen, ständig überarbeitet werden müssen und so die digitale Entwicklung behindern.

Damit eine Regulierungsstrategie erarbeitet werden kann, müssen zuerst folgende Fragen geklärt werden:

- **Wo** besteht prioritärer Handlungsbedarf und wo ist ein Zuwarten sinnvoll?
- **Wie** soll dort, wo prioritärer Handlungsbedarf besteht, reguliert werden?
- Was kann auf **nationaler Ebene** gelöst werden, wo sind europäische oder sogar globale Regelungen nötig?
- Wie kann die Regulierung, die oft rasch und flexibel erfolgen muss, **demokratisch legitimiert** werden?

Wo besteht staatlicher Handlungsbedarf?

Der Bereich der potenziell betroffenen Rechtsgebiete ist weit und reicht vom Datenschutz über das Steuerrecht bis zum Eigentumsrecht. Prioritärer Handlungsbedarf besteht,

- wenn wichtige verfassungsmässige Rechtsgüter beeinträchtigt werden (individuelle Freiheit, Leib und Leben, soziale Sicherheit)
- wenn die digitale Entwicklung blockiert wird
- wenn die ordentliche Funktionsweise des Staates beeinträchtigt wird (Steuereinnahmen, Funktionieren der Institutionen)

Folgende Bereiche müssen in erster Linie unter die Lupe genommen werden:

Datenschutz, Steuerrecht, Sozialversicherungsrecht, Wettbewerbsrecht und Marktregulierung, Arbeitsrecht.

Eine grosse Herausforderung stellen zweifellos das Arbeitsrecht bzw. die Rahmenbedingungen für den Arbeitsmarkt dar. Nicht nur, weil sich die Grenze zwischen selbständiger und unselbständiger Arbeit zunehmend verwischen, sondern vor allem, weil die digitale Revolution viele Stellen und Berufe eliminieren wird. Wir stehen vor einem gewaltigen **Transformationsprozess**. Die zentrale Frage ist, wie wir diesen Prozess möglichst intelligent und sozialverträglich abwickeln und welche Rolle der Staat dabei spielen soll.

Die Schweiz hat grundsätzlich **gute Voraussetzungen**. Folgende drei Pfeiler sollen gestärkt werden, so dass sie auch im digitalen Transformationsprozess funktionieren:

- das gute Ausbildungssystem, insbesondere Berufsbildung und Weiterbildung
- der flexible Arbeitsmarkt
- die funktionierende Sozialpartnerschaft

Wie soll reguliert werden?

- Welche Aufgaben sollen das Parlament (Gesetz), die Regierung (Verordnung) oder die Verwaltung (Vollzug) übernehmen? Die Bundesverfassung enthält dazu Vorgaben, es gibt jedoch einen Handlungsspielraum, welcher ausgeleuchtet werden soll.
- Wenn die Gesetzesstufe notwendig ist: inwieweit eignen sich **Rahmengesetze** mit klaren Zielen, ohne Detailregelungen?
- Soll eine **unabhängige Regulationsbehörde** (wie die ComCom) für die digitale Entwicklung geschaffen werden, und welche Aufgaben sollte sie wahrnehmen?
- Könnte die Regulation mit (befristeten) **Pilotversuchen** arbeiten? Das Trial-and-Error-Prinzip drängt sich gerade bei der Digitalisierung mit ihrer raschen und unvorhersehbaren Entwicklung auf (vgl. Lokalradios, Mobility Pricing).
- Welche Rolle können **nicht-rechtliche Instrumente** spielen („soft law“), wie z.B. runde Tische, gemeinsame Programme von Staat und Privaten?

Schweizerische, europäische und globale Regulierung

In einer globalisierten Welt kann der Nationalstaat nicht mehr alle Probleme lösen. Dies gilt ganz besonders für die Digitalisierung. Das Internet hält sich nicht an nationale Grenzen. In vielen Fällen sind europäische oder sogar globale Lösungen notwendig. Dies bedeutet, dass die Schweiz dort, wo wichtige Entscheide getroffen werden – sei es die EU, die OECD oder die WTO – stark präsent sein und ihre Interessen rechtzeitig einbringen muss. Geprägt durch ihre Neutralitätsmaxime und einen wieder stärker werdenden Isolationismus neigt unser Land leider dazu, bei Entscheidungen auf europäischer und globaler Ebene abseits zu stehen. Gerade bei der digitalen Entwicklung ist das verhängnisvoll.

Demokratische Legitimation

Es stellt sich die Frage, wie die demokratische Legitimation für die notwendigen Regulierungen geschaffen werden kann. Gerade wenn mit Rahmengesetzen, Pilotversuchen und unabhängigen Regulationen gearbeitet wird, müssen Massnahmen zur digitalen Entwicklung demokratisch verankert und öffentlich diskutiert werden. Das gleiche gilt für Regulierungen auf europäischer und globaler Ebene, welche ausserhalb des Parlaments ablaufen. Eine mögliche Form für die öffentliche Diskussion und demokratische Verankerung könnte eine **„Digitale Agenda“ der Schweiz** sein, welche für einen Zeitraum von 10 Jahren mögliche Massnahmen und offene Fragen formuliert und vom Bundesrat dem Parlament zur Diskussion unterbreitet wird. Alle zwei Jahre müsste der Bundesrat einen Bericht über den Stand der Arbeiten, über neue Entwicklungen und notwendige Anpassungen und Korrekturen vorlegen, der dann wieder vom Parlament zu diskutieren wäre. Der Bericht „Digitale Schweiz“, den der Bundesrat anfangs 2017 veröffentlicht hat, könnte ein Ansatzpunkt sein.

Auf diese Weise könnte es gelingen, die digitale Entwicklung öffentlich zu diskutieren, die Rolle des Staates zu definieren und strategischen Ziele zu setzen – gleichzeitig aber die notwendige Flexibilität zu schaffen, um rasch und unkompliziert auf neue Entwicklungen reagieren zu können.

Fragen an den Referenten aus dem Publikum

1. *Trauen Sie den Gewerkschaften grössere Beweglichkeit und engagierte Mitarbeit zu?*
Die Sozialpartnerschaft **muss** funktionieren und gestärkt werden, andernfalls braucht es noch mehr Regulation. Das heisst also auch, dass die Arbeitgeber mitmachen müssen. Der Staat sollte die Rolle des Moderators übernehmen.
 2. *Sind Bundesrat, Verwaltung und Parlament gerüstet, die digitale Entwicklung bewältigen zu können?*
Besonders die Kantone und die Bundesverwaltung sind fähig, damit umzugehen. Der Referent hat nur gute Erfahrungen gemacht. Der Föderalismus ist kein Hinderungsgrund.
 3. *Wie sehen Sie die Entwicklung im Gesundheitswesen, den Trend zur personalisierten Medizin?*
Die Zivilgesellschaft muss hier eine wichtige Rolle übernehmen. Das Ungleichgewicht z.B. zwischen der Pharmaindustrie und den Konsumenten ist sehr gross. Es sind viele „Spieler“ im Gesundheitswesen engagiert! (Ergänzung eines Zuhörers: Der Druck muss von unten kommen. Es braucht Mut, gegen den Trend zu handeln, viele verfolgen leider persönliche Interessen). Der Staat kann nur gewisse Gebiete (Gentechnologie, Embryonenforschung) regeln oder verbieten. Es besteht ein Dilemma darin, dass zu viel Regulierung die Forschung behindern und sie abwandern kann.
Der Referent wehrt sich u.a. gegen die einseitige Ausrichtung von Ausbildung und Forschung auf die USA, dass viele Vorlesungen auf Englisch gehalten und alle Unterlagen in dieser Sprache vorgelegt werden. Wir in der Schweiz verfügen über sehr gute Leute, aber sie haben europäisch zu wenig zu sagen.
 4. *Welche Auswirkungen hat die Digitalisierung auf das Steueraufkommen, und bildet der Finanzmarkt für die Schweiz ein Risiko?*
Für die nächsten fünf Jahre werden die „Scheinselbständigen“ und Plattformen ein wichtiges Thema sein. Sie lassen das Steuersubstrat schrumpfen. Die Digitalisierung (u.a. Roboter) kann das Steueraufkommen ebenfalls vermindern. Die Finanzbranche wird durchgeschüttelt, schon seit 2008 und auch in Zukunft, die Banken und ihre Eigentümer müssen ihre Probleme aber selber regeln.
-

5. Meinungsbildung im digitalen Zeitalter

Die zunehmende Digitalisierung beeinflusst alle Lebensbereiche – auch die freie Meinungsbildung, das zentrale Element jeder funktionierenden Demokratie. Fördert oder gefährdet die Digitalisierung den Meinungsbildungsprozess? Wie beeinflusst sie die Kommunikation politischer Akteure, und welche Rolle spielen neue Bewegungen wie Operation Libero, Foraus usw.? Wie verändert die Digitalisierung den Journalismus und was bedeutet sie für die Medienhäuser? Wie kann die Medienkompetenz der Bürger/-innen gestärkt werden? In den hier zusammengefassten Inputs gehen die Referenten auf diese und weitere Fragen zu den Folgen der Digitalisierung ein. Einige Beiträge aus der anschliessenden Diskussion sind in den Text integriert worden.

Die grossen Trends der Digitalisierung in der Meinungsbildung in der direkten Demokratie

Referent Michael Hermann ist Geograf und Politikwissenschaftler und derzeit der wohl gefragteste Politikanalytiker der Schweiz. Er leitet die Forschungsstelle „sotomo“ und lehrt am Geografischen sowie am Politikwissenschaftlichen Institut der Universität Zürich.

1. Die Verschiebung zu populärer, populistischer Meinungsbildung

Die Einwegkommunikation der Medien ist aufgebrochen, neue Kanäle bringen neue Möglichkeiten. Die Social Media erlauben eine **Zweiweg-Kommunikation**. Wir werden vermehrt mit anderen Meinungen konfrontiert (wenn auch nicht immer mit angenehmen Kommentaren). Diese neue Dynamik hat die Einflüsse auf die Meinungsbildung von einer Elite auf die gewöhnliche Bevölkerung erweitert.

Die Medienlogik ist eine andere geworden: Heute wird registriert, welche Artikel gelesen werden, Meinungen werden sichtbar und messbar. Die Medien richten sich nach den Publikumswünschen.

Die **Direkte Demokratie** funktionierte als Social Media, bevor es diese gab. Man traute der Bevölkerung etwas zu. Themen, die man auf repräsentativer Ebene nicht diskutieren wollte, wurden vom „Volk“ losgetreten. Vergleicht man die Schlussabstimmungen in den Parlamenten mit den Volksentscheiden an der Urne, so zeigen sich vor allem vier Bereiche, in denen heute die Meinungen differieren: Migration, aussenpolitische Öffnung, Strafrecht, wirtschaftliche Liberalisierung.

Unser System zeigte diese Themen auf, bevor sie durch die Verbreitung der Social Media nun auch in andern Ländern aktuell geworden sind (bewirtschaftet oft vom Populismus). „**Vieles, was in der Welt passiert, ist für uns kalter Kaffee, weil bereits früher diskutiert.**“ (Hermann). Unser politisches System ist lernfähig auf beiden Seiten, es führt dazu, dass bei uns die Ausschläge kleiner sind als in anderen Ländern.

Es stellt sich die Frage, ob wir selber überhaupt noch Einfluss auf das Angebot der Medien haben? Wir sind mitschuldig an der Verbreitung der „Gratis-Kultur“. Wenn aber auch jüngere Konsumenten und Konsumentinnen mehr für die Information bezahlen müssten/würden, wäre das bereits eine Hilfe für besseren Journalismus. Vor allem ältere Leser/-innen lesen traditionelle Zeitungen und verlangen hohe Qualität, sie sind bereit, dafür Geld auszugeben.

Was früher die Print-Medien abdeckten, bieten heute unzählige digitale Angebote. Es wird meistens nicht bewusst desinformiert, wir müssen uns aber die gültigen Informationen zusammensuchen. Internationale Medien bieten bessere Qualität als lokale Angebote.

Die Digitalisierung bringt für die Demokratie auch **Gefahren**. In politischen Auseinandersetzungen fehlen oft Zusammenhänge, Qualität und Relevanz. Es geht nur noch darum, die Gegner frontal anzugreifen, nicht mehr um Information. Kommentare in den Social Media werden immer hemmungsloser formuliert.

2. Die Verschiebung vom Kapital zur Kreativität

Mit guten Ideen kann man mehr erreichen, als es mit teuren Kampagnen möglich ist (Beispiel: Aktion Libero). Das zwingt die Politik dazu, innovativer zu werden.

- **Unsere politischen Parteien** pendeln zwischen Ohnmacht und Aktivismus. Dieser Aktivismus wird dadurch gefördert, dass die grössten Gegner der politischen Exponenten auf der Wahl-Liste vor oder hinter ihnen aufgeführt sind. So herrscht ein dauernder Wahlkampf. Zwischen den Parteien besteht in der Schweiz keine ausgeprägte Hierarchie, die Jusos zum Beispiel haben bei uns ein ungleich grösseres Echo in den Medien als in der BRD.

Bei **Abstimmungen** funktioniert die Werbung anders als bei Wahlen. Es wird vor allem zum Gang an die Urne aufgefordert, solche Werbung hilft auch der Gegenseite. Immer wieder taucht die Frage auf, ob Abstimmungen käuflich seien (nach dem Motto „das Geld sitzt rechts“). Dazu Herrmann: „**Es ist einfacher, ein Parlament zu kaufen, als die Mehrheit der Bevölkerung.**“ Es fällt heute dank den neuen Medien leichter, die Abstimmungsdiskussion zu prägen. Wer das „Bauchgefühl“ der Leute trifft, hat Chancen.

- **Neue Bewegungen** wie Foraus oder Libero wirken auch durch ihre guten Web-Auftritte. Was kann eine „Neue Bewegung“? Sie kann pro aktiv neue Anläufe zu politischen Themen auslösen (Europa). Die Vorstellung herrscht vor, dass hier junge progressive Leute etwas verändern wollen. Libero handelte aber in der MEI-Abstimmung konservativ. Es galt, im richtigen Augenblick (wie der Libero im Fussball) einzugreifen und den Angriff abzuwehren. Haben sich politische Parteien überlebt, werden sie durch diese Bewegungen abgelöst? Nein, sie sollen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Ohne SVP gäbe es zum Beispiel Libero nicht. Die Neuen Bewegungen sind keine Eintagsfliegen, sie dürfen sich aber nicht verzetteln, nicht wie Parteien überall mitreden, sie sollen sie ergänzen. Eine Konfrontation, ein offener Diskurs zwischen den Parteien und den Neuen Bewegungen kann beide Seiten stärken. Die Digitalisierung führt nicht zu einer totalen Verschiebung der Meinungsmacher, aber neue Stimmen reden mit.

Social Media bringen eine Demokratisierung der Meinungsbildung

Referent Christof Moser ist Co-Gründer und -Entwickler des Medien-Startups «Project R»*. Er ist freier Autor und Redaktionsleitungsmitglied von infosperber.ch. Bis Ende 2016 hat er als Polit-Reporter bei der «Schweiz am Sonntag» gearbeitet.

* „Project R“ ist ein Print - Produkt, das am 12. April 2017 öffentlich vorgestellt wird. Es will pro Tag einige sorgfältig recherchierte Beiträge und Geschichten liefern, die auch als Podcast zur Verfügung stehen werden.

Die „Gatekeeper-Funktion“ der Journalisten ist vorbei, die Konsumenten und Konsumentinnen suchen sich heute ihre Informationen selber. Der Referent ist aber überzeugt, dass Journalisten weiterhin auf die wesentlichen Informationen hinweisen müssen, denn wer sich in den Social Medien bewegt, bleibt oft in den gleichen Kreisen. Ein grosses Problem ist die Polarisierung der Meinungen. Es hat sich eine richtige **Hasskultur** entwickelt.

Heute bestimmt die Werbung, was wichtig ist. Es kann ein Katzenvideo oder ein Parlamentsbeschluss sein! Der Werbemarkt im alten Sinne ist zusammengebrochen, neue Medien wie das 20-Minuten-Blatt zum Beispiel fördern den Anti-Journalismus (Leserbeiträge), sie wollen Entertainment bieten. Werbung wird oft als Information getarnt, es wird über Themen berichtet, die Firmen vorgeben. Das Gespür geht verloren, was Journalismus soll.

Das neue Konzept der Medienhäuser beruht auf der Reichweite und nicht (mehr) auf der Qualität des Journalismus. Die Tamedia-Gruppe z.B. deckt in der Romandie 72% der Presselandschaft ab. Die zunehmenden Angriffe auf die SRG hängen damit zusammen, dass „unser“ Radio und Fernsehen mit dem breiten Angebot in allen Landesregionen die privaten Angebote konkurrenziert. Zurzeit bestimmen noch Medien-Oligarchien die Szene, wie H.P. Lebrument (Somedia), Blocher (mit eigenem TV und der Basler Zeitung) oder dem Versuch einer Investorengruppe, den Blick zu übernehmen. Niemand weiss, wie lange die grossen Medienhäuser noch durchhalten, vor allem wenn eine Rendite wie bei Tamedia von 15% angestrebt wird. Es gilt, jetzt vertrauenswürdige neue Marken aufzubauen, die auf der Basis eines seriösen Journalismus arbeiten (siehe „Project R“).

Wohin muss sich der Journalismus verändern?

- er muss wieder die Rolle des Gatekeepers pflegen
- er soll die Leserzentrierung fördern, eine „Community“ aufbauen
- Werbung darf nicht zentral sein
- Technik (IT) und die Redaktion müssen eng zusammenarbeiten

Zusammenfassungen Urs Graf, NHG Bern